

*In dieser Ausgabe beginnen wir eine neue Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie in Deutschland. Die Mitte der Legislaturperiode erscheint als geeigneter Zeitpunkt für eine kritische und selbstkritische Bilanz sozialdemokratischer Erfahrungen, Erfolge, enttäuschter Erwartungen und Zukunftsoptionen aus heutiger Sicht, fast zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl, die über die Frage der Regierungsbildung hinaus eine weichenstellende Bedeutung für die Politik der SPD und ihre Stellung im Parteiensystem der Bundesrepublik haben dürften. Wir bitten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Medien und Politik sowie Repräsentant/innen gesellschaftlicher Organisationen um Analysen, Stellungnahmen und Handlungsvorschläge für eine Reihe offener Probleme, die sich nach unserer Auffassung für eine Sozialdemokratie stellen, die nach der führenden Regierungsverantwortung strebt. Im Laufe der kommenden Monate soll auf diese Weise ein – gewiss nicht vollständiges, aber doch hinreichend informatives – Gesamtbild entstehen, das über Beschreibungen und Erklärungen hinaus auch Handlungsoptionen enthält. Von Zeit zu Zeit werden wir den Verlauf der Debatte kommentieren oder resümieren. Darüber hinaus sind uns auch Texte aus dem Kreis unserer Leser/innen willkommen, sofern sie sich in dem vorgegebenen Rahmen bewegen.*

*Es geht bei alledem nicht allein um Fragen der politischen Inhalte und Programme, sondern gleichermaßen um die Voraussetzungen eines glaubwürdigen Machtanspruchs, um die Bildung von Vertrauen und um die Bedingungen erfolversprechender Kommunikation sozialdemokratischer Politikangebote in der gegebenen Mediengesellschaft. Den Auftakt bilden der Essay »Die SPD muss erkennbar bleiben« (S. 4) als Rundumblick aus der Redaktion und der folgende Beitrag Albrecht von Lucke, der mit einer kritischen Stimme von »außen« darauf Bezug nimmt.*

Albrecht von Lucke

## Was fehlt der Sozialdemokratie?

Thomas Meyers Essay in dieser Ausgabe über Kompromiss und Diskurs als die Grundlagen sozialer Demokratie benennt in vielen Punkten zentrale Fehler der letzten beiden sozialdemokratischen Dekaden. Dennoch scheint er mir den Kern des Problems in einem entscheidenden Punkt zu verfehlen, nämlich bei der Frage: Was fehlt der Sozialdemokratie? Wieso konnte sie ihren roten Faden derart verlieren? Und warum geht das Ziel, ja das Ideal der Sozialdemokratie nicht in sozialer Demokratie auf?

»In seinen besten Möglichkeiten war das 20. Jahrhundert sozial und demokratisch. An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden. Wir haben alle ein paar Vorstellungen in uns aufgenommen und um uns herum zur Selbstverständlichkeit werden lassen, die das Thema des sozialdemokratischen Jahrhunderts definieren: Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus.« Als Ralf Dahrendorf diese Worte 1983 in seinem Buch *Die Chancen der Krise* zu Papier brachte, hatte er völlig Recht: Alle relevanten Parteien der Bonner Republik waren damals der sozialen Demokratie verpflichtet.

Schon Ludwig Erhards Gedanke einer »sozialen Marktwirtschaft« war zutiefst geprägt vom Gedanken einer sozialen Demokratie. Und mehr als das: Sein Projekt war sogar von der Absicht getragen, »über eine breit geschichtete Massenkauflkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden«. Damit sollte die Klassenspaltung und »das alte Ressentiment zwischen arm und reich« beseitigt werden. In Erhards programmatischer Kampfschrift *Wohlstand für Alle* heißt es weiter: »Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kauflkraft gekennzeichnet«. Dass die enorme Vermögensspreizung tatsächlich reduziert, wenn auch keineswegs beseitigt wird und die gesamte Bevölkerung am Wirtschaftswachstum partizipiert, war der Kern der sozialen Marktwirtschaft. Individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum wurde zum Friedensstifter der Republik. Erhards *Wohlstand für alle* schuf damit die Voraussetzung für jene »nivellierte Mittelstandsgesellschaft«, die jedem Einzelnen den persönlich erarbeiteten Aufstieg ermöglichen sollte, ungeachtet von Herkunft und Vermögen.

Der SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer ging der Ordoliberalismus Ludwig Erhards allenfalls nicht weit genug; sie plädierte daher zu Beginn für Verstaatlichungen zentraler Industriezweige. Erst mit dem Godesberger Programm von 1959 nahm sie Abschied von ihren marxistischen, klassenkämpferischen Ursprüngen und machte ihren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft.

Soziale Marktwirtschaft und soziale Demokratie: Dieser doppelten Devise blieben alle Bonner Regierungen treu, beginnend mit Konrad Adenauer und Ludwig Erhard über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis zu Helmut Kohl. Es ist deshalb kein Wunder, dass sich heute auch Sigmar Gabriel auf diesen Leitbegriff der alten Bundesrepublik beruft – wie übrigens auch Sahra Wagenknecht.

Diese realexistierende soziale Demokratie entstand allerdings keineswegs im luftleeren Raum. Historisch betrachtet war die soziale Marktwirtschaft vor allem eine doppelte Reaktion: Erstens auf den gefürchteten Kommunismus, der schon jenseits der Elbe begann und mit der Sowjetunion ein machtvolleres Zentrum besaß, und zweitens auf den soeben erlebten Faschismus. Dieser war wiederum die autoritäre Antwort auf die von Karl Polanyi beschriebene *Große Transformation* gewesen, die Entbettung des Kapitalismus aus der Gesellschaft im 19. Jahrhundert samt der Entstehung ungeheurer Reichtumsunterschiede im Zuge der Industrialisierung. Die daraus hervorgehende Klassenspaltung der Gesellschaft hatte entscheidend zur Weltwirtschaftskrise und damit zur faschistischen »Krisenlösung« des Nationalsozialismus beigetragen. Die soziale Demokratie sollte daher die Ursachen der gesellschaftlichen Polarisierung abbauen und somit – quasi als ökonomischer Teil des antitotalitären Konsenses – jede neuerliche Versuchung durch Kommunismus und Faschismus schon im Ansatz verhindern.

Es ist daher kein Zufall, dass dieser soziale Konsens 1989/1990 mit dem Ende des kurzen 20. Jahrhunderts seinerseits endete. 1989 war der Kommunismus Geschichte – und damit auch die Notwendigkeit einer sozialen Einhegung des Kapitalismus. Mit dem Untergang der Sowjetunion als seines kommunistischen Gegenspielers konnte der Kapitalismus frei aufspielen. Ab 1989 hielt daher das ökonomistische Denken Einzug bis in die Kapillaren der Gesellschaft – und auch in die Sozialdemokratie. Was dabei unter die Räder kam, war die soziale Demokratie.

Diese Entwicklung hatte sich im Westen bereits zu Beginn der 80er Jahre mit Thatcherismus und Reaganomics angedeutet. Allerdings konnte der Neoliberalismus erst mit dem

*Die soziale Demokratie kommt unter die Räder*

Mauerfall richtig zum Durchbruch gelangen. Denn nun war Thatchers TINA-Logik – »There is no alternative« – auch geschichtlich beglaubigt und in der Tat alternativlos geworden.

Dieses Denken infizierte auch die europäische Sozialdemokratie. Die fatale Ironie der Geschichte: Es waren Sozialdemokraten, die dem Neoliberalismus in Europa erst zur Durchsetzung verhelfen und damit der sozialen Demokratie, zumindest partiell, den Garaus machten. Zu Beginn des letzten sozialdemokratischen Regierungszyklus stand die weitreichende Anpassung der englischen Labour Party an das herrschende neoliberale Marktmodell. Mit dem Schröder-Blair-Papier von 1999 – der Blaupause für alle späteren Agenda-Reformen, inklusive Hartz IV – wurde die SPD anschlussfähig gemacht an den »Dritten Weg«. Woran sich Kohl nicht getraut hatte, das besorgte Gerhard Schröder: Austerität nach innen, die »Verschlankung« des Sozialstaats. Dieser »Marktsozialdemokratismus« (Oliver Nachtwey) unterschied sich nicht mehr nennenswert von den neoliberalen Vorstellungen. Damit war der politische links-rechts-Gegensatz faktisch aufgehoben. Diese Entpolitisierung, oder genauer: die Ökonomisierung der Politik, kommt exemplarisch in Schröders bekanntem Ausspruch zum Ausdruck: »Es gibt keine linke oder rechte, sondern nur gute oder schlechte Wirtschaftspolitik«.

Der Glaube an das Primat der Ökonomie zieht sich wie ein roter Faden von Thatchers TINA-Logik über das Schröder-Blair-Papier bis zur »marktkonformen Demokratie« Angela Merkels. Heute wissen wir: Der Dritte Weg von Schröder und Blair war ein Weg in die Sackgasse. Er reichte, um der Sozialdemokratie für ein knappes Jahrzehnt Wind in die Segel zu blasen. Kurzfristig war er also durchaus von parteipolitischem Erfolg gekrönt. Doch heute erweist sich der Zug der Sozialdemokratie in die Neue Mitte als Zug ins politische Abseits. Jetzt erkennen wir die dramatischen Folgekosten: ein gespaltenes Land, in Produktive und Abgehängte, eine gesplante Linke, in SPD und Linkspartei, und die inhaltliche Entleerung der deutschen Sozialdemokratie.

Es bleibt damit aber eine entscheidende Frage: Warum war die »soziale Demokratie« als sozialdemokratischer Leitbegriff offensichtlich nicht stark genug, diese verheerende Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu verhindern? Wie konnte das anzustrebende Ideal einer gerechten Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle derart in den Hintergrund treten?

Offensichtlich war die Idee der sozialen Demokratie nicht widerständig genug. Das aber verweist auf das eigentliche Problem: »Das Ideal muss den Kompromiss bestimmen, nicht umgekehrt«, stellt Thomas Meyer zu Recht fest. Doch offensichtlich ist das sozialdemokratische Ideal in der Ära Schröder unter die Räder gekommen. Der einstige idealistische Überschuss wurde immer mehr abgeschliffen. Das aber hat seine Ursache auch in der Schwäche, ja im Fehlen einer sozialdemokratischen Vision.

Soziale Demokratie ist im Kern aber gerade kein Ideal, sondern in erster Linie eine Verfahrensform, der »modus vivendi« einer gerechten Gesellschaft. Worauf es der Sozialdemokratie heute aber vor allem ankommen muss, ist die Verständigung über ihre Ideale, ihre Ziele: Wie wollen wir leben? Was macht eine gerechte, solidarische Gesellschaft in Deutschland und Europa aus? Und wie ist das immer neu zu bestimmende Verhältnis von Freiheit und Gleichheit?

Jahrzehntelang, über die Ära Willy Brandts und noch im Berliner Programm von 1989, stand dafür der Leitbegriff des demokratischen Sozialismus. Nach 1989 wurde dieser Begriff, da vermeintlich geschichtlich zu sehr kompromittiert, allzu schnell aufgegeben, weshalb ihn sich eine angeblich neue Formation umgehend zu eigen machte, nämlich die Partei des demokratischen Sozialismus, kurz PDS. Heute, in Zeiten neuer Kapitalismuskritik, bekommt der Sozialismus als möglicher Transformationsbegriff zu einer ande-

ren, nicht-kapitalistischen Gesellschaft neue Bedeutung. Der Besetzungskampf könnte sich also wieder lohnen.

Entscheidend ist dies jedoch nicht, im Kern geht es um etwas anderes: Wenn der Begriff soziale Demokratie alleine zu schwach ist, um die Identität der SPD auszumachen, kommt es umso mehr darauf an, die älteren linken und liberalen Leit- und Ziel-Begriffe zu reaktivieren und angesichts der aktuellen Voraussetzungen neu zu definieren – Freiheit, Gleichheit (Gerechtigkeit) und Solidarität.

Thomas Meyer hat Recht: »Es muss mehr Mut gezeigt werden, auch riskante Diskurse zu wagen, wenn es um sozialdemokratische Kernthemen (rund um die Gleichheitsfrage) geht« – auch gegen absehbaren Gegenwind aus den Medien. Leider muss man jedoch seinem darauf folgenden Konjunktiv widersprechen: »Sonst würde auf Dauer Wesentliches, was der Sozialdemokratie am Herzen liegt, geopfert werden.« Genau hier liegt das Problem: Die SPD hat dem neoliberalen Gegenwind in den letzten 20 Jahren viel zu viel geopfert, insbesondere das Ideal der Chancengleichheit. Ja, mehr noch: Sie hat sich dem Gegenwind zeitweilig bis zur Ununterscheidbarkeit anverwandelt.

Speziell unter Wolfgang Clements, des »Superministers« Federführung wurde wirtschaftliche Freiheit zum eigentlichen Leitbegriff der SPD, in dezidiert abgegrenzter Gleichheit. Schon im Schröder-Blair-Papier hatte es geheißen, die SPD habe in der Vergangenheit »die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt«. Doch anstatt die schon damals immer dramatischeren Ungleichheiten der Lebenschancen abzubauen, wie es ein Liberaler wie Ralf Dahrendorf längst forderte, propagierte der Bundeswirtschaftsminister in seinem Konzept der »produktiven Ungleichheit« exakt das Gegenteil: Gerechtigkeit dürfe nicht länger die Verringerung von Ungleichheit bedeuten. Mehr Ungleichheit wagen, wurde zu seiner Devise.

Wie lautete für Clement und Co. die schlichte Alternative: Entweder wir akzeptieren fortdauernde Arbeitslosigkeit oder wir müssen mehr gesellschaftliche Ungleichheit zulassen. Nur durch mehr Kapital, gewonnen durch Entlastung der Vermögenden, entstünden neue Investitionen und dadurch neue Arbeitsplätze. Damit hatte der Superminister die neoliberale Angebotslogik voll übernommen. Die Begründung für diese erstaunliche »Gerechtigkeits-These« ist Clement bis heute schuldig geblieben, notwendigerweise. Denn faktisch läuft beides auf dasselbe hinaus: Armut in Folge von Arbeitslosigkeit wurde lediglich durch Armut in Folge von Niedriglohn ersetzt. Die logische Folge war »Armut trotz Arbeit« – genau wie die Hartz IV-Kritiker es vorhergesagt hatten. Clements persönliche Antwort war dagegen der Austritt aus der SPD und Wahlwerbung für die FDP, ein nur konsequenter Schritt.

Was lernen wir daraus? Es kommt in der Politik in der Tat stets auf zweierlei an: Person und Programm. Im Idealfall verkörpert das Führungspersonal das Programm. Die SPD hatte das Glück, dass sie mit Willy Brandt tatsächlich über ein Vierteljahrhundert lang über die Verkörperung des sozialdemokratischen Ideals an der Spitze verfügte. Im Falle der Schröders und Clements konnte davon keine Rede mehr sein.

Wenn wir uns einen neuen Willy Brandt heute nicht einmal wünschen können, weil es für seine »Entstehung« vermutlich auch des Erlebens eines verheerenden Jahrhunderts wie des letzten bedurfte, müssen wir eines akzeptieren: Diese erlebte und gelebte Verkörperung von Programm und Person fällt heute – zum Glück – aus. Wie sagte zuge-spitzt, wenn auch in anderem Zusammenhang, der heutige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel: Frühere Politiker hatten ein Leben, heutige haben eine Karriere.

Wenn aber das Leben als Lehrmeister der Politik im Berliner Raumschiff zwangsläufig zu kurz kommt, benötigt die Parteispitze anscheinend umso mehr die Stütze durch die sozialdemokratische Programmatik, ihre Ideale. »Discourse matters«, in der Tat. Aber umgekehrt gilt auch: Wenn die entscheidenden Positionen und Ziele der SPD in Zukunft nicht stärker als bisher herausgearbeitet werden, wird jeder Diskurs zur Farce. Denn ohne sozialdemokratische Überzeugungen ist alles nichts.



**Albrecht von Lucke**

ist Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

[albrecht.vonlucke@blaetter.de](mailto:albrecht.vonlucke@blaetter.de)

*Rolf Mützenich*

## **Mehr Hindernisse als Chancen für eine rot-rot-grüne Außen- und Sicherheitspolitik**

**Eine Antwort auf Jürgen Trittin**

Es sind noch mehr als zwei Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl, doch der Wahlkampf hat offenbar schon begonnen. In der Mai-Ausgabe der NG/FH hat Jürgen Trittin, der ehemalige Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (der für den Fall eines rot-grünen Wahlsieges 2013 allerdings eher mit dem Finanz- als mit dem Außenministerium liebäugelte) in einem sehr lesenswerten Beitrag die Chancen und Hindernisse einer rot-rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik erörtert, die bei ihm allerdings unter rot-grün-rot firmiert. Dahinter steckt vermutlich der Anspruch der GRÜNEN, bei der Bundestagswahl 2017 DIE LINKE hinter sich zu lassen. In den meisten Punkten ist seiner Analyse nichts hinzuzufügen.

So ist seine Prognose, Deutschland sei eine »Insel der Seligen« in einem »Meer« voller Krisen und Konflikte zweifelsohne richtig, sein Befund, Deutschland und seine außenpolitischen Eliten befänden sich im Biedermeier 2.0 jedoch reines »Feuilleton«. Denn schon seit Langem wurde und wird nicht mehr so viel über Außenpolitik dis-

kutiert und gestritten wie heute – und zwar nicht nur unter den politischen Eliten, sondern auch in weiten Teilen der Bevölkerung. Daran haben die Krise und der Krieg in der Ost-Ukraine zweifelsohne einen hohen Anteil. Der von Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufene Review 2014-Prozess war ein großer Erfolg. Und auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen plant das neue Weißbuch unter Einbeziehung vieler gesellschaftlicher Gruppen in einem offenen Prozess zu erarbeiten. Über Flüchtlinge, TTIP und die Implosion der arabischen Welt wird nicht nur in Talkshows diskutiert. Und auch die Behauptung Trittins, »das Land sei sich selbst genug« hält einem Realitätscheck nicht stand. Nicht nur bei der Eurokrise und der Aufnahme von Flüchtlingen hat Deutschland eine führende Rolle übernommen, sondern ebenso bei der Ukraine-Krise. Auch die G7-Präsidentschaft 2015 und der OSZE-Vorsitz 2016 zeigen, dass das Land seine Verantwortung nicht nur kennt, sondern auch wahrnimmt. Aber geschenkt – es ist das gute Recht der Opposition zu sagen,